



POL-547752-2020-KWEIGAT
Geschäftsstelle Landtag, Gemeinderat,
Landesregierung und Stadtrat

der Gemeinderäte Christoph Wiederkehr und Markus Ornig

betreffend ein Abgaben-Entlastungspaket für Betriebe in der Corona-Krise

**eingebracht im Zuge der Debatte über Post 1 (Generaldebatte) in der 71. Sitzung des Wiener
Gemeinderats am 29. und 30.6.2020**

Wien steht angesichts der Corona-Krise vor enormen Herausforderungen – viele Betriebe kämpfen um ihre Existenz, die Arbeitslosigkeit erreicht Rekordniveau – knapp eine halbe Million Wienerinnen und Wiener sind arbeitslos oder in Kurzarbeit. Wir müssen alles dafür tun, die Wirtschaft in Wien wieder flott zu machen und dadurch die Arbeitslosigkeit wieder zurückzudrängen! Das Motto muss heißen: Entlasten, investieren, Zukunft sichern!

Daher schlagen wir die Aussetzung der Gebrauchsabgabe und der Dienstnehmerabgabe für Unternehmen für ein Jahr vor.

Diese Summe soll durch Einsparungen im Politik- und Verwaltungsbereich der Stadt Wien gegenfinanziert werden. Die Abschaffung sinnloser Posten, die Reduktion der Parteienförderungen sowie der Werbeausgaben der Stadt haben ein Einsparvolumen von rund 120 Millionen Euro im Jahr, also rund 600 Millionen Euro über die Legislaturperiode hinweg.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher gemäß § 27 Abs. 4 der Geschäftsordnung des Gemeinderates der Stadt Wien folgenden

BESCHLUSSANTRAG

Der Gemeinderat spricht sich für die Aussetzung der Gebrauchsabgabe und der Dienstnehmerabgabe für ein Jahr aus, um die Wiener Betriebe zu entlasten. Die zuständigen Stellen der Stadt Wien mögen ein Modell ausarbeiten und den beschlussfassenden Gremien - wo notwendig - zur Abstimmung vorlegen.

Die Gegenfinanzierung soll durch folgende, langfristig wirksame Maßnahmen erfolgen ("Abspeckplan"):

- Halbierung der Parteienförderung
- Abschaffung der Förderung der Landesparteiaakademien
- Halbierung der Sitze im Gemeinderat
- Abschaffung der Bezirksvorsteher_in Stellvertreter_innen
- Halbierung der Sitze in den Bezirksvertretungen
- Halbierung aller Werbebudget im Magistrat
- Umsetzung der Pensionsreform des Bundes für Bedienstete der Stadt Wien
- Weitere Effizienzmaßnahmen in der Verwaltung

Weiters mögen sich Stadtrat/Landesregierung beim Bundesgesetzgeber für die Abschaffung der nicht amtsführende Stadträte einsetzen, um zusätzliche Einsparungen zu ermöglichen.

In formeller Hinsicht wird die sofortige Abstimmung beantragt.

Wien, 29.6.2020